Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

191 (17.8.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 191 | Mittwoch, den 17. August 1932 | 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der seitherige Leiter der Pressestelle der Reichsregierung, Dr. von Kauffmann, wird seinem Wunsch gemäß auf einen diplomatischen Posten ins Ausland gesandt. Sein Nachfolger ist Major Marcks, der bisherige Leiter der Pressestelle im Reichswehrministerium.

*

Adolf Hitler gab in einer Unterredung Aufschluß über die Berliner Besprechungen. Er erklärte dabei, daß die NSDAP. weiter um die Macht kämpfen werde.

*

Als Termin für die Einberufung des Preußischen Landtages wird der 25. August genannt.

*

Der Ausschuß der Hindenburg-Spende erläßt einen Aufruf zur tatkräftigen Unterstützung des Hilfswerkes Hindenburgs zu dessen 85. Geburtstag.

*

Im Juli beträgt der Ausfuhrüberschuß der deutschen Außenhandelsbilanz 66 Millionen RM. gegenübeer 90 Millionen im Monat Juni.

*

In der Heikendorfer Bucht ist am Dienstag vormittag mit der Hebung des Wracks der „Niobe" begonnen worden.

*

Ein französischer Aviso ist auf dem Wege von Natal nach Dakar mit 22 Mann Besatzung im Sturm gesunken.

*

Wie aus Tokio halbamtlich mitgeteilt wird, hat die Polizei am 15. August eine Verschwörung aufgedeckt, die die Ermordung des japanischen Ministerpräsidenten, des Innenministers und des Finanzministers bezweckte. Bisher sind 14 Personen verhaftet worden.

*

Aus Südfrankreich werden infolge der anhaltenden starken Trockenheit wieder eine ganze Reihe ausgedehnter Waldbrände gemeldet. Mehrere Dörfer sind aufs äußerste bedroht. Militär hilft der Bevölkerung, ihre Habe in Sicherheit zu bringen.

*

In Staaken wurden am Dienstag die technischen Prüfungen des Deutschlandfluges fortgesetzt. Nach den bisherigen Ergebnissen stehen die Italiener an vorderster Stelle, dann folgen die Polen. Die deutschen Maschinen stehen noch im Hintertreffen, soweit sie durch die Ablegung der bisherigen Prüfungen eine Vergleichsmöglichkeit bieten.

*

In Berlin kam es in den Abendstunden des Dienstag zu Zusammenrottungen von Kommunisten, die gegen die Reichsregierung und die Notverordnung demonstrieren wollten. Die Polizei zerstreute die Ansammlungen und nahm etwa 25 Personen fest. Ein Polizeibeamter wurde im Norden der Stadt überfallen. Es entwickelte sich ein Feuergefecht, bei der ein Mann durch einen Oberschenkelschuß schwer verletzt wurde.

*

In Wien entgleiste beim harten Bremsen über einer Weiche ein Straßenbahnzug. Der Triebwagen fuhr über den Bürgersteig in eine Gartenmauer, die umstürzte und das Dach des Wagens durchschlug. Der Anhängewagen wurde gegen einen Pfeiler geschleudert, der ebenfalls umstürzte. 20 Personen wurden bei dem Unglück zum Teil sehr schwer verletzt. Bei fünf Personen zweifelt man an ihrem Aufkommen.

Arbeitsbeginn im neuen Reichstag

Berlin, 16. Aug. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. meldet, werden noch in dieser Woche die parlamentarischen Arbeiten im neuen Reichstag aufgenommen. So hat die **sozialdemokratische Fraktion** des neuen Reichstags ihre erste **Fraktionssitzung** für Freitag, den 19. August, einberufen. Auf der Tagesordnung stehen die Besprechung der politischen Lage, sowie die Beratung der im Reichstag einzubringenden Anträge und Gesetzesentwürfe, deren wesentlichen Inhalt wir bereits gemeldet haben. Am Samstag findet eine Fraktionsführerbesprechung statt, in der über die notwendige technische Umorganisation im neuen Reichstag verhandelt wird. Dabei kommt es in erster Linie auf die **Aenderung der Platzverteilung,** auf die Neuregelung der Arbeitsräume für die in völlig veränderter Stärke wiederkehrenden Fraktionen und auf ähnliche Dinge an. Das Büro des Reichstags hat eine Vorlage ausgearbeitet, die als Beratungsgrundlage dient. Ueber den **Termin** der ersten Plenarsitzung des Reichstags ist amtlich noch nichts bekannt, doch dürfte es hierfür beim 30. August bleiben.

Adolf Hitler äußert sich

Die NSDAP. und die Regierung von Papen

Essen, 16. Aug. Im Verlauf einer Unterredung mit einem Vertreter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" über seine Berliner Besprechungen äußerte **Adolf Hitler** zur Frage seiner Haltung zur Regierung von Papen u. a.: Er, Hitler, wisse, wie er und seine Bewegung weiterkämpfen werden. Er trete der Regierung von Papen, deren Männer er ja überhaupt zum größten Teil nicht kenne, so entgegen, **wie er jeder sich national nennenden Regierung bisher entgegengetreten sei und entgegentreten wird. Er unterstütze oder dulde sie so lange, als er durch ihre Regierungstätigkeit eine Stärkung der nationalen und eine Schwächung der marxistischen Front erkennen könne. Im Augenblick, da durch die Maßnahmen einer Regierung auf der nationalen Seite eine Stockung, auf der internationalen Seite eine Belebung eintrete, werde sie von ihm abgelehnt, ganz gleich, wer immer ihre Männer sein mögen.**

Auf die Frage, ob er die schärfste Opposition der NSDAP. gegen die Regierung von Papen angekündigt habe, äußerte Hitler, daß die nationalsozialistische Bewegung gegenüber der heutigen Reichsregierung in die Opposition trete. Die Schärfe dieser Opposition werde bestimmt durch **die Größe des Schadens,** der durch das Unterbleiben einer Opposition entstehen würde. Die Wahlen vom 31. Juli hätten in dieser Richtung bereits klar erwiesen, wohin die Regierung von Papen mit ihren heutigen Männern führen werde und führen müsse. Denn auch eine Diktatur sei nur denkbar, wenn sie der Träger eines Volkswillens sei oder sicherste Aussichten habe, in kurzer und absehbarer Zeit als solcher Träger des Volkswillens erkannt zu werden. Auf die Frage, ob es für die NSDAP. besser gewesen wäre, den Spatzen in der Hand zu haben, statt die Taube auf dem Dach, erklärte Hitler. Nein, ich werde niemals für ein Linsengericht die Erstgeburt verkaufen. In grundsätzlichen Dingen nehme ich lieber jeden Kampf und jede Verfolgung auf mich, als daß ich mir oder der Bewegung jemals untreu würde.

Auf die weitere Frage, wie die in Berlin anwesenden Führer **seine Entscheidung aufgenommen haben,** erklärte Hitler: Meine Führer würden mich nie verstanden haben, hätte ich anders gehandelt. Wenn ich mich hundertmal sachlich irren sollte, so würden sie mir leichter verzeihen, als wenn ich auch nur einmal die Ehre der Bewegung oder die Grundsätze unseres Kampfes verleugnen wollte. Sie stehen heute mehr als je wie ein Mann hinter mir. Am Schluß der Aussprache äußerte Hitler auf die Frage, was die Bewegung gegen die politischen Terrorakte zu unternehmen gedenke, es gebe ein Recht der Notwehr, das wir uns auch auf die Dauer nicht abschwächen lassen durch die dummen Phrasen von „Ruhe und Ordnung". Die Partei kämpfe um die Macht und ihr Weg werde bestimmt durch die Methoden der Gegner.

Röhm an die SA.

München, 16. Aug. Im **„Völkischen Beobachter"** veröffentlicht Stabschef Röhm einen **Aufruf** an die SS- und SA.-Männer. Darin heißt es u. a.: Der Führer hat am 13. August ein Amt, das anzunehmen ihm die Würde und die Anerkennung Eurer Kämpfe und Opfer verbieten, zurückgewiesen. Die Fronten stehen klar: **Hier NSDAP., dort alle übrigen Parteien und Verbände.** Wir kämpfen allein, aber gerade diese Erkenntnis kann unseren Kampfesmut nur stärken. Noch entschlossener wird unser Wille, unsere Bedingungen werden härter, die Einsätze und Opfer sich erhöhen. Für die SA. und SS. tritt nunmehr eine kurze Kampfpause ein. Einige organisatorische Maßnahmen werden in dieser Zeit durchgeführt. Nach dieser wohlverdienten Ruhe stehen auf neuen Befehl SA und SS. wieder ausgeruht und neu gestärkt auf ihrem Platz bereit für die Aufgabe, die ihnen vorbehalten und die ihr unveräußerliches Recht ist.

Ein zweifaches Dementi der N.S.D.A.P.

T.U. **München,** 16. Aug. Die Pressestelle der Reichsleitung der N.S.D.A.P. teilt mit: „Die Behauptung, Adolf Hitler habe ein Versprechen abgegeben, die Regierung von Papen nach den Wahlen zu tolerieren und nun dieses Versprechen nicht halte, ist unwahr. Ebenso unwahr ist die bereits wiederholt zurückgewiesene Behauptung, der Führer der N.S.D.A.P. habe bei den Regierungsverhandlungen in Berlin nicht nur die Führung der Reichsregierung, sondern die Uebergabe der gesamten Regierungsgewalt im vollen Umfange gefordert."

Eine scharfe Erwiderung der D.N.V.P.

T.U. **Berlin,** 16. Aug. Die Deutschnationale Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung: „Der Reichspräsident hat die jetzige Reichsregierung ohne Fühlungnahme der Parteien und ohne deren Mitwirkung gebildet. Ebenso ist bekannt, daß er bei seinem Entschluß, Herrn Hitler nicht die Machtvollkommenheiten eines Mussolini zuzuerkennen, die Herr Hitler bei seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten verlangt hat, von niemanden beraten oder beeinflußt worden ist. Trotzdem bringt es der „Angriff", für den Herr Dr. Goebbels verantwortlich zeichnet, in seiner Nummer vom 15. August fertig, den Entschluß des Reichspräsidenten, den er bei seinem Alter gnädig nicht verantwortlich machen will, auf eine „Einbläserei gewissenloser Intriganten aus dem Hugenberg-Lager zurückzuführen". Die Erklärung zitiert die entsprechenden Stellen aus dem „Angriff" wörtlich und fährt fort: „Politischer Anstand und politisches Reinlichkeitsgefühl sollten eine Kampfesweise, wie sie dem glorreichen System von 1918 eigen ist, auch dann unmöglich machen, wenn die Wut über eine politische Schlappe die Feder führt. Ein natürliches Gefühl der Selbstachtung verhindert uns, auf diese Explosion parteipolitischen Hasses, der eine nationale Schande ist, einzugehen. Die Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler: „Die von ihm angekündigte Opposition der N.S.D.A.P. ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem Vaterland und vor dem deutschen Volke bewußt zu bleiben", scheint für Teile der N.S.D.A.P. nur zu berechtigt zu sein."

Die preußischen Regierungsverhandlungen

Berlin, 16. Aug. In unterrichteten parlamentarischen Kreisen wird dem Nachrichtenbüro des V.d.Z. erklärt, daß man vermutlich Ende dieser Woche bereits klarer sehen könne über die **Neubildung der preußischen Regierung.** Man ist in diesen parlamentarischen Kreisen **optimistisch** in bezug auf das Zustandekommen von Regierungsbildungsverhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum. Ob die zu erwartenden Regierungsverhandlungen einen positiven Ausgang nehmen, vermöge jetzt noch niemand zu sagen. Der Versuch ihrer Durchführung müsse von verantwortlichen Politikern jedoch unternommen werden. Aus dieser Meinung scheint sich zu ergeben, daß das Zentrum jetzt geneigter ist, den Nationalsozialisten die Position des preußischen Ministerpräsidenten zuzugestehen. In diesem Falle würde das **Zentrum** wahrscheinlich Wert darauf legen, den **preußischen Innenminister** vielleicht in der Person des jetzigen Reichskommissars **Dr. Bracht** zu stellen. Der Preußische Landtag könnte bei einem positiven Verlauf der erwähnten Verhandlungen bereits in diesem Sitzungsabschnitt die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung setzen. Denn nach einer etwaigen grundsätzlichen Einigung zwischen den beiden maßgebenden Parteien ließe sich die Regierungsbildung ohne Mühe innerhalb von 48 Stunden durchführen. Landtagspräsident Kerrl hat übrigens sämtliche Pressekarten vom 30. September d. J. an für ungültig erklärt. Für die Erneuerung der Karten sind einschränkende Bestimmungen vorgesehen, und die Erklärung, für welche politische Partei ausschließlich oder vorwiegend berichtet werden soll.

*

Zentrum und Regierungsbildung in Reich und Preußen

Stuttgart, 16. Aug. Das **„Deutsche Volksblatt"** in Stuttgart, das führende württembergische Zentrumsorgan, macht Mitteilungen über die Auffassungen maßgebender Zentrumskreise von dem Scheitern der Verhandlungen und der dadurch geschaffenen Lage. Es schreibt u. a.:

Der ergebnislose Verlauf der Besprechungen zwischen der Reichsregierung und Adolf Hitler stellt in erster Linie einen **schweren Fehlschlag der Politik der Regierung von Papen-Schleicher dar.** Sah sie doch in der Heranziehung der Nationalsozialisten zur Verantwortung geradezu ihre historische Aufgabe. Die Lage des Reichskabinetts ist völlig unhaltbar geworden. Es hat, wenn es vor den Reichstag tritt, mit einer Opposition von rechts wie von links zu rechnen. Gegen diese Opposition zugleich zu regieren, ist unmöglich. Würde es die Regierung dennoch versuchen, dann käme sie unausweichlich auf den Weg verfassungswidriger Maßnahmen. Eine Unterstützung könnte nur von Seiten der Deutschnationalen mit ihren 37 Mandaten kommen. So verwerflich auch Hitler handelte, diejenigen, welche auf seine und der anderen Führer Worte und auf den Geist der Nationalsozialistischen Partei bauten und um einer solchen Illusion willen aufbauwillige und in nationaler Arbeit erprobte Kräfte des Volkes von sich stießen, werden dadurch von ihrer Schuld nicht entlastet. Und so hat die Reichsregierung auch moralisch nicht mehr die Berechtigung, am Ruder zu bleiben. Schon bei der Besprechung des Reichskanzlers mit den Zentrumsführern Bolz und Joos am vergangenen Donnerstag haben diese darauf hingewiesen, **daß das gegenwärtige Kabinett nicht mehr im Amt verbleiben könne.** Die Absage Hitlers an die Reichsregierung hat ein Weiterregieren der gegenwärtigen Reichsminister **erst recht unmöglich gemacht.**

Das Blatt stellt dann die Frage: **Gibt es noch einen Ausweg?** und erinnert daran, daß die preußische Zentrumsfraktion am Donnerstag die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen Verhandlungen über die Frage der preußischen Regierungsbildung eingeladen hatte. Verhandlungen haben bis jetzt nicht stattgefunden. Man sollte alles aufbieten, um diese Verhandlungen positiv zu gestalten. Ist ein solches Ergebnis erzielt, dann kann es nach der Auffassung des Zentrums nicht ausbleiben, daß die Lösung der Regierungsfrage in Preußen auch eine Klärung im Reiche nach sich zieht.

*

Fraktionssitzung der Deutschnationalen

Berlin, 16. Aug. Die **deutschnationale Fraktion** des Preußischen Landtages hielt am Montag eine Sitzung ab, über die von der Fraktion folgender Bericht herausgegeben wird:

„Der Fraktionsvorsitzende erstattete einen eingehenden Bericht über die politische Lage. Einstimmig wurde zugestimmt, **daß die Reichsregierung unterstützt werden müsse,** wenn sie jetzt im Reich und in Preußen nach dem völligen Zusammenbruch des parlamentarischen Systems, und nachdem sich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei der Mitarbeit versagt hat, als wirkliches Präsidialkabinett unabhängig von den Parlamenten regieren will. Die deutschnationale Landtagsfraktion erwartet, daß in **Preußen** durch den Reichskommissar ein ordnungsmäßiges, mit **nationalen Fachleuten besetztes Kabinett ernannt wird.** Sie erwartet weiter, daß die von der früheren preußischen Regierung lediglich aus parteipolitischen Beweggründen ernannten und beförderten Beamten weiter von ihren Aemtern schleunigst entfernt werden. Die Verordnung des Reichskommissars über die Zusammenlegung von Kreisen und Amtsgerichtsbezirken wurde einmütig als **völlig verfehlt** bezeichnet."

Senkt den Diskontsatz!

Der Druck der Zinslasten

Sechs Wochen sind seit Abschluß des Lausanner Abkommens vergangen, ohne daß die Reichsbank sich bisher dazu entschließen konnte, die Zinssätze zu senken. Gemessen am internationalen Zinsniveau ist das deutsche trotz des **Diskontsatzes von 5 Prozent** überaus hoch. Man darf keine Vergleiche mit der Zeit vor einem Jahre ziehen, als in Abwehr des Bankenruns ganz außergewöhnlich hohe Diskontsätze festgesetzt wurden, die bis auf 18 Prozent angestiegen waren. Hier handelt es sich um Zwangsmaßnahmen, die zeitlich begrenzt sein sollten. Die deutsche Wirtschaft hat die Zeit der hohen Zinsspannen teuer genug bezahlen müssen; denn monatelang lag der Diskontsatz ungewöhnlich hoch. Nach dem Diskontsatz richten sich viele Zinszahlungen aus Privatschulden, ganz abgesehen davon, daß alle Bankzinsen nach dem Diskontsatz festgesetzt werden.

Auch der augenblickliche Diskontsatz von 5 Prozent ist gleichbedeutend mit **einer schweren Belastung** der deutschen Produktion. Man muß bedenken, daß die Effektivverzinsung ja erheblich höher ist, da beträchtliche Zuschläge zum Diskontsatz erhoben werden. Bei ausreichender Effektenunterlage beläuft sich der augenblickliche Zinssatz, den der Schuldner aufbringen muß, auf mindestens 9 Prozent. Liegt eine Kontoüberziehung vor, so steigt der Zinssatz bis zu 10,5 und noch mehr Prozent. Die Kapitalknappheit in Deutschland ist trotzdem so groß, daß viele selbst bei dieser enormen Verzinsung gern Geld entleihen würden. Um zu zeigen, wie niedrig im Vergleich zu diesen Zinskosten die Zinsen in anderen Ländern sind, sei darauf hingewiesen, daß man z. B. in England für tägliches Geld nur noch ½ Prozent bekommt. Entsprechend niedrig sind auch die Zinssätze für ausgeliehenes Geld.

Die Senkung des deutschen Diskontsatzes ist bisher mit Rücksicht auf die **Stillhaltezinsen unterblieben.** Die Verhandlungen, die hier geführt wurden, haben bisher noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. Es muß gefordert werden, daß man hier energischer vorgeht, um die deutsche Wirtschaft von dem überhöhten Zinsniveau zu entlasten. Bedenken währungstechnischer Art sind kaum anzuführen. Denn es hat sich gezeigt, daß durch die Devisenzwangswirtschaft die Währung stabil gehalten werden kann, wobei die Höhe des Diskontsatzes nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Soweit bankgesetzliche Schwierigkeiten entstehen, können diese durch entsprechende Aenderung der Vorschriften behoben werden.

Die Zinssenkung ist vor allem deshalb nötig, damit Deutschlands an sich schon geschwächte Konkurrenzkraft nicht noch eine weitere Minderung erfährt. Ein hohes inneres Zinsniveau ist gleichbedeutend mit einer entsprechenden **Verteuerung aller Waren.** In dieser Beziehung sind fast alle anderen Staaten erheblich besser gestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Deutschland noch eine Reihe anderer schwerer Handicaps zu überwinden hat. Hierzu gehört in erster Linie die Aufgabe des Goldstandards in England, die nun schon fast zu einer 30prozentigen Senkung des Pfundpreises geführt hat. Ebenso ungünstig ist unsere Lage gegenüber den nordischen Staaten Dänemark, Norwegen u. Schweden. Man hofft, daß eine internationale Währungskonferenz die anormale Lage, die durch die Senkung der englischen und nordischen Valuten eingetreten ist, beseitigt wird. An einer solchen Konferenz haben nicht allein die genannten Länder, sondern alle anderen Staaten, die mit Devisenschwierigkeiten kämpfen, wie ebenso die Länder mit Golddevisen ein Interesse. Bei den jedoch tatsächlich bestehenden Schwierigkeiten ist es fraglich, wann auf einer Währungskonferenz positive Ergebnisse erzielt werden, und solange kann Deutschland auf eine Senkung des Diskontsatzes nicht warten.

Noch ein weiterer Grund ist zu berücksichtigen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß, wenn auch vielleicht noch kein Konjunkturaufschwung unmittelbar bevorsteht, zumindest der Tiefstand der Depression erreicht ist. Aendert sich die Lage, was bei einem Konjunkturabstieg ebenso schnell vor sich gehen kann, wie seinerzeit ein Konjunkturumschwung, so würde Deutschland durch einen hohen Diskontsatz außerordentlich benachteiligt sein, da wir dann nicht in der Lage wären, größere Rohstoffmengen noch zu relativ billigem Preis einzukaufen. Müssen wir jedoch die verteuerten Rohstoffe nehmen, so ist die Konkurrenzkraft Deutschlands geschwächt und wir werden auf diese Weise von einem größeren Konjunkturaufschwung ausgeschlossen.

Die Senkung des Diskontsatzes ist nicht gleichbedeutend mit einer Zinskonversion innerhalb Deutschlands. Es wäre denkbar, daß es auch hierzu in der nächsten Zeit kommt, aber nicht vor einer Senkung der Diskontsätze.

Paris und Moskau

Ein Nichtangriffspakt im Anmarsch?

Die Beziehungen zwischen Frankreich und Sowjetrußland haben in der letzten Zeit eine auffallende Besserung erfahren. Diese Tatsache ist von einer um so größeren Bedeutung, als die französische Außenpolitik neuerdings eine große Unsicherheit verrät, eine Unsicherheit, die im engsten Zusammenhang mit den tiefen Gegensätzen der politischen Gegenwart steht

Es war an sich schon anzunehmen, daß die Machtübernahme durch Herriot zu einer Ausgestaltung der französisch-russischen Beziehungen führen würde. War es doch Herriot, der im Jahre 1924, als er zum erstenmal Frankreichs Ministerpräsident wurde, Sowjetrußland anerkannte und einen Vertrag mit Moskau betreffs Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen unterschrieben hat. Die Jahre, in denen die Herren Poincare und Tardieu an der Macht waren, haben nicht gerade zu einer Vertiefung der an sich schon sehr fraglichen russisch-französischen Freundschaft geführt. Schon der Sowjetbotschafter in Paris, Rakowski, einer der führenden Staatsmänner der Leninschen Aera (er lebt seit Jahren in der Verbannung in Sibirien), hat es nicht vermocht, trotz seines ganzen Ansehens und seiner Energie, es zum Abschluß eines russisch-französischen Handelsvertrages zu bringen. Die Frage der Rückzahlung der russischen Anleihen, welche die Zarenregierung vor dem Kriege und während des Krieges abgeschlossen hat, war nicht zu lösen. Die Franzosen beharrten auf ihren Forderungen, während die Russen ihrerseits eine Gegenrechnung vorlegten: sie verlangten Wiedergutmachung der Schäden, die dem russischen Staat durch die Interventionskriege 1920 verursacht wurden. Davon wollte Frankreich nichts wissen.

Als Rakowski bei Stalin in Ungnade fiel und durch Dowgalewski ersetzt wurde, nahm man zuerst an, daß die russisch-französischen Verhandlungen nunmehr mit großer Beschleunigung geführt werden würden. Aber in den vier Jahren seiner Botschaftertätigkeit ist Dowgalewski keinen Schritt weiter gekommen. Schon sprach man von seiner Abberufung. Und jetzt vergeht kaum ein Tag ohne Meldungen von einer sich schnell anbahnenden Annäherung zwischen Moskau und Paris.

Freilich: zu dem Abschluß eines Nichtangriffspaktes ist es noch nicht gekommen. Auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Rußland und Frankreich bedürfen noch weiterer Regelung. Aber der vor wenigen Tagen erfolgte Abschluß eines bedeutenden Lieferungsvertrages auf Rohöl ist ein Vorzeichen dafür, daß Rußland bald mit weiteren günstigen Geschäften mit Frankreich rechnen kann. Laut diesem Vertrag wird Rußland in den nächsten fünf Jahren im Durchschnitt 100 000 Tonnen Rohöl nach Frankreich liefern, was um so bedeutungsvoller ist, als gerade in der letzten Zeit großangelegte Erdölkonferenzen im Weltmaßstab stattfanden, in deren Mittelpunkt die Russen standen. Diese Konferenzen verliefen erfolglos. Sowjetrußland wollte auf die sehr günstigen Angebote des Standard Oil und des Royal Dutch mit ihren Tochtergesellschaften nicht eingehen. Der Abschluß des Oelvertrages mit Frankreich gibt den Russen recht. Die Taktik der Erdöl-Weltkonzerne hat eine neue Niederlage erlitten. Zweifellos hat Frankreich allein schon damit politische Ziele verfolgt, da die Erdölpolitik fast durchweg von den Angelsachsen bestimmt wird.

Vieles spricht aber dafür, daß Frankreich es nicht bei dem Erdölvertrag bewenden lassen wird. Vielmehr liegt Herriot viel an einem weiteren grundlegenden Ausbau nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Beziehungen zu Moskau. Das System der Nichtangriffspakte, die Moskau in der letzten Zeit abgeschlossen hat, dürfte bald eine Erweiterung, ja eine Krönung finden: der Nichtangriffspakt Paris-Moskau, schon seit langem in Aussicht genommen, wird vielleicht schon in den nächsten Monaten Wirklichkeit werden. Der größte europäische Feind Rußlands würde dadurch zahm gemacht werden. Nachdem der Nichtangriffspakt Moskau-Warschau paraphiert worden ist, fehlt nur noch ein Vertrag ähnlicher Art zwischen Rußland und Rumänien, damit alle Voraussetzungen für den Pakt Moskau-Paris geschaffen sind. Hier sind allerdings erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, da Rumänien auf dem Umweg über den Nichtangriffspakt die Anerkennung seiner Ansprüche auf Bessarabien durch Rußland erlangen will. Die Russen sind aber nicht geneigt, auf das von den Rumänen annektierte Bessarabien ohne weiteres zu verzichten. Es ist aber möglich, daß Paris einen Druck auf die Rumänen ausüben wird, um diese zur Nachgiebigkeit zu veranlassen. Dies liegt allein bei Frankreich. Rumänien ist bei seiner heutigen wirtschaftlichen und politischen Lage unschwer kleinzukriegen. Bis zuletzt sah es so aus, als profitiere Frankreich absichtlich von dem russisch-rumänischen Gegensatz, um sich um die Frage eines Paktabschlusses zu drücken. Vielleicht wird aber Frankreich jetzt diese komplizierte Taktik aufgeben und die letzten Hindernisse aus dem Weg zu einer endgültigen Verständigung mit Moskau wegräumen. In diesem Falle wird man von einem weltgeschichtlichen Ereignis sprechen können, das im übrigen für Deutschland von einer noch größeren Bedeutung sein dürfte, als der Abschluß des russisch-polnischen Nichtangriffspaktes.

Ein neuer Chef der Presseabteilung

Berlin, 16. Aug. Der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor **Dr. von Kaufmann** wird auf seinen eigenen Wunsch wieder **in den auswärtigen Dienst zurückkehren** und demnächst einen Auslandsposten übernehmen. Der Reichskanzler hat dem Herrn Reichspräsidenten als künftigen Leiter der Presseabteilung den bisherigen Pressereferenten des Reichswehrministeriums, **Major Marcks,** in Vorschlag gebracht. Er hat dem ausscheidenden Pressechef den nachstehenden Brief in Anerkennung der Reichsregierung für seine verdienstvolle Tätigkeit zugehen lassen, worin es u. a. heißt: „Da ich mit dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen der Ansicht bin, daß den Beamten des auswärtigen Dienstes regelmäßig wieder Gelegenheit gegeben werden muß, ihre Fähigkeiten auch im Auslande zu verwerten, habe ich mich dazu entschlossen, Ihrem Wunsche zu entsprechen. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen in dieser Stunde für die ausgezeichneten Dienste, die Sie der Reichsregierung als langjähriger Dirigent der Presseabteilung wie auch als Chef dieser Abteilung geleistet haben, meinen aufrichtigen Dank auszusprechen."

Dammbruch eines Schlammweihers

Bergisch-Gladbach, 16. Aug. In der vergangenen Nacht ist der etwa 60 Meter lange **Damm eines Schlammweihers** der Grube Weiß, der Abwässer enthielt, gebrochen. **Etwa 20 000 Kubikmeter Schlamm und Wassermassen ergossen sich zu Tal und überschwemmten die Provinzialstraße Köln—Olpe** auf eine große Strecke. Das ganze Tal zwischen Ober- und Untereschbach ist völlig verschlammt und bietet ein trostloses Bild. Ein Bauernhof in Obereschbach wurde fast völlig von dem Schlamm überflutet. Das Vieh konnte mit Ausnahme von vier Kühen, die im Stall umkamen, mit knapper Not gerettet werden. Eine Arbeitskolonne ist mit dem Bau eines 2.50 Meter breiten Dammes beschäftigt, um wenigstens den Fußgängerverkehr wieder in Gang zu setzen. Die Gasfernversorgung von Bergisch-Gladbach bis zum Aggertal wurde an einigen Stellen unterbrochen, so daß ganze Ortschaften ohne Gas sind.

Gib acht auf Orla!

ROMAN von ARNO HOHENFELD

VERTRIEBSRECHTE LITERATUR-VERLAG GLORIA BERLIN-STEGLITZ

37. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Wenn Sie nicht auf dem Klubsofa gesessen haben, wie kommt dann diese Nadel in das Polster?"

„Ich weiß es nicht! Vielleicht daß Herr von Wemblin sie im Salon gefunden und mit in das Herrenzimmer genommen hat."

„Sie wollen uns doch nicht einreden, daß Herr von Wemblin sie in das Polster gesteckt hat?" erboste sich Fränkel.

„Ich vermute ja nur, daß er sie auf das Sofa gelegt . . ."

„Und daß sie dann von selbst hineinrutschte? Na, das kommt auf dasselbe hinaus!"

Wolter gab Fränkel mit einer Handbewegung zu verstehen, daß es keinen Zweck habe, sich mit dieser Lüge noch weiter zu befassen.

„Erzählen Sie mir doch bitte, was Sie von dem Besuch des Herrn Lauffenberg wissen, der nämlich ebenfalls in der fraglichen Zeit Wemblin besuchte.

„Ich kann Ihnen nur sagen, daß ich jemand kommen hörte, eine Männerstimme vernahm, daß gleich darauf Herr von Wemblin in den Salon zurückkehrte und mir mitteilte, eine längere Unterredung stehe ihm anscheinend bevor, ob ich warten wolle. Ich verneinte und verabschiedete mich, worauf er mich hinausbegleitete."

Wolter sah die schöne Frau an, lächelte und schüttelte den Kopf.

„Ich kann Ihnen dreifach beweisen, daß diese Ihre Angabe unwahr ist. Während Lauffenbergs Anwesenheit hat Herr von Wemblin das Zimmer nicht einen Augenblick verlassen. Das war Nummer eins! Hätten Sie, wie Sie vorgeben, wirklich sofort nach Lauffenbergs Ankunft die Straße betreten, würde ein Herr Volger, der ein besonderes Interesse an Ihnen und Ihrem Besuch bei Wemblin hatte, und sich dem Hauseingang gegenüber postierte, Ihren Fortgang bemerkt haben müssen. Nummer zwei! Zum dritten und letzten endlich, nach Lauffenbergs Abschied sind Ihre Schritte in der Wohnung gehört worden. Ich ersuche Sie dringend, sich nicht länger hinter fadenscheinigen Ausflüchten zu verbergen, sondern verlange klipp und klar die Wahrheit zu hören! Geschieht dies nicht, sehe ich mich gezwungen, Sie zu verhaften."

Die Gräfin sank in sich zusammen, dann raffte sie sich von neuem auf, befragte ihren Souffleur am Türspalt, doch dieser vermochte ihr nicht zu antworten, denn Wolter hatte sich erhoben und versperrte ihr die Sicht. Nun versuchte sie, durch eine Körperdrehung die Verbindung wieder herzustellen.

Doch Wolter war nicht geneigt, das Spiel noch länger fortzusetzen, machte ein paar ungeduldige Schritte durchs Zimmer, kam an die angelehnte Tür und drückte sie, leicht stolpernd, mit seinem Körpergewicht ins Schloß.

„Ich gebe Ihnen noch zwei Minuten Zeit, Frau Gräfin, das ist das Aeußerste, was ich tun kann."

Auch Fränkel war aufgestanden. Er ging zu der schwer niedergebeugten Frau.

„Nehmen Sie alle Kraft zusammen, gnädige Frau, leugnen Sie nicht länger, gestehen Sie, daß Sie ihn getötet haben."

Abwehrend streckte sie beide Hände aus und rief entsetzt:

„Nein, nein, das ist nicht wahr! Bei Gott, ich habe ihn nicht getötet."

„Aber Sie wissen, wer es getan hat!" rief Wolter ihr barsch zu.

Es klopfte und gleich darauf wurde die Tür geöffnet.

Den Blicken der Kommissare zeigte sich ein untersetzter Herr, etwas breitschultrig, in gewählter Kleidung. Er trug einen Spitzbart, der wie sein gepflegtes Haupthaar mit grauen Fäden durchsetzt war. Verdutzt stand er an der Schwelle und wußte offenbar nicht, was er aus der Szene machen solle.

„Was bedeutet das? Wer sind diese Herren, Valeska?"

Die Angeredete blieb stumm. Sie hielt sich die Hände vors Gesicht und warf sich aufschluchzend aufs Sofa.

Wolter ging auf den Ankömmling zu und stellte sich vor.

„Ich bin Geheimrat Gerstenberg vom Reichswehrministerium, die Frau Gräfin ist meine Braut, der ich einen Besuch machen will."

„Sie kommen in einem kritischen Augenblick, Herr Geheimrat. Ich stehe gerade im Begriff, die Frau Gräfin zu verhaften. Es liegen schwerwiegende Gründe vor, daß sie am Tode des Herrn von Wemblin mitschuldig ist."

Der Herr Geheimrat schrak nicht zusammen, stieß keinen Laut der Ueberraschung aus, er preßte nur die Lippen aufeinander und schloß für eine Sekunde die Augen.

„Hat meine Braut Ihnen Mitteilungen gemacht, die Ihren Verdacht bestätigen?"

„Ich kann Ihnen darauf nur antworten, daß die mir gegebenen Erklärungen so durchsichtig falsch sind, daß mein Verdacht zur Gewißheit geworden ist."

„Großer Gott!" stöhnte der Geheimrat vor sich hin und sank auf einen Stuhl. Doch gleich sprang er wieder auf und eilte zu seiner Braut. Er umarmte sie.

Argwöhnisch folgte Wolter jeder seiner Bewegungen. Er vernahm, daß die beiden miteinander flüsterten.

„Herr Geheimrat, ich kann zu meinem Bedauern nicht gestatten, daß zwischen Ihnen und der Frau Gräfin auch nur ein Wort gewechselt wird, das nicht für mein Ohr bestimmt ist."

Der Geheimrat richtete sich auf, er sah nicht gerade beleidigt, aber doch selbstbewußt aus.

„Meine Herren, ich achte Ihre Person, ich weiß, was ich als Beamter dem Beamten schulde. Sie sollen wissen, was ich mit meiner Braut gesprochen habe, ich habe sie gefragt, ob sie ein Geständnis gemacht hat, sie hat verneint. Darauf habe ich sie gebeten, mich zu ermächtigen, Ihnen zu sagen, was wir beide wissen. Das hat sie getan, weil sie ja außerstande ist, Ihnen wahrheitsgetreu zu berichten, was offenbar werden muß, und sollte der Himmel darüber einstürzen!"

Bewegungslos erwiderte Wolter:

„Und wie lautet die Wahrheit, Herr Geheimrat?"

„Meine Braut war Zeuge, wie Wemblin sich das Leben nahm!"

„Folglich war sie also doch in dem Herrenzimmer!"

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg